

**Beschluss des Nationalen Sicherheitsrates  
vom 25. Februar 2022  
betreffend wirksame Finanzsanktionen gegen Russland**

Der unprovokierte Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat zum ersten Mal seit der Invasion Polens durch Nazi-Deutschland einen allumfassenden Krieg inmitten Europas ausgelöst.

Die österreichische Bundesregierung sowie vier Parlamentsfraktionen haben sich unmissverständlich dafür ausgesprochen, dass diese Aggression nicht hingenommen werden darf, und sich für die schärfsten Sanktionen ausgesprochen, um Russland zu einer Beendigung des Angriffs und einer Evakuierung der Ukraine zu bewegen.

Der einzige Weg, Russland zu einer Umkehr zu bewegen ist, diesen Krieg so teuer zu machen, dass die Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Militär sich gegen Putin stellen. Dazu muss Russlands Handel und Finanzverkehr zum faktischen Erliegen gebracht werden. Die überwiegende Meinung der Experten ist, dass es strikter Handels- und Finanzrestriktionen bedarf, um dieses Ziel zu erreichen.

Der Nationale Sicherheitsrat beschließt:

„Der Nationale Sicherheitsrat empfiehlt der Bundesregierung im Sinne der erklärten österreichischen Politik, Russlands Aggression härtest möglich zu sanktionieren, sich international für einen Ausschluss Russlands aus dem SWIFT System einzusetzen.“

„Der Nationale Sicherheitsrat beschließt weiters, dass hinsichtlich des Beschlusses über diesen Antrag die Vertraulichkeit aufgehoben wird.“